Freie Wähler Dornach

INFO Nr. 2/87

Redaktion: HP. Naegeli, H. Reinacher, JJ. Voirol
erscheint mind. 3x jährlich

Liebe Leserinnen und Leser

Es freut uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres Informationsblattes präsentieren zu können.

Damit wir Sie nicht nur als interessierte Leser unseres Informationsblattes ansprechen, sondern auch als kritische Mitbürger von Dornach kennenlernen können, laden wir Sie ein, an der

Vollversammlung der FWD

am Mittwoch 11. November 1987
um 20.00 Uhr
im Restaurant JURA

teilzunehmen.

Sie lernen uns kennen - wir Sie.

An diesem Anlass orientiert Herr Dr. Martin Schüpbach, Kantonschemiker von Basel-Stadt, über

Schwermetallprobleme in Dornach

Gemeinderat

15 Mitglieder

FWD-Vertreter: Erich Fischer, Hans-Peter Hirschi, Hans-Peter Naegeli

Auf die schriftliche Anfrage unseres Gemeindeammanns informierte das Baudepartement des Kantons Solothurn im Antworteschreiben vom 4.8.87 wie folgt:

Zur Entscheidung der zahlreichen

Einsprachen gegen die Goetheanumplanung

sei nicht, wie bisher angenommen, der Gemeinderat, sondern die Gemeindeversammlung zuständig.

Bekannt war schon vorher, dass die Einsprachen gegen die laufende Ortsplanungsrevision gemäss geltender Gemeindeordnung von der Gemeindeversammlung zu entscheiden sein werden.

Den Freien Wählern Dornach und ihren Vertretern im Gemeinderat erscheint nun aber die Gemeindeversammlung als Entscheidungsinstanz für die erwähnten Planungseinsprachen ungeeignet. Es gilt die

hohe Zahl der Einsprachen

zu beachten. Gegen die Goetheanumsplanung gingen über hundert Einsprachen ein. Auch wenn vielleicht die Hälfte oder noch mehr infolge fehlender Legitimation oder durch Rückzüge bei der Behandlung entfallen werden, sind sicher auch im günstigsten Falle

vierzig bis fünfzig Einsprachen zu behandeln.

Gegen die laufende Ortsplanrevision sind kaum weniger Einsprachen zu erwarten.

Jeder Einsprecher hat Anspruch darauf, dass sich die Entscheidungsinstanz ernsthaft mit all seinen Argumenten befasst, diese mit den Gegenargumenten abwägt und dann entscheidet.

Alle zu entscheidenden Einsprachen müssten darum vor der Gemeindeversammlung an alle Stimmbürger verteilt werden, oder aber anlässlich der Gemeindeversammlung in genügender Anzahl aufliegen. Bei der Behandlung hätte jeder Bürger das Recht, sich zu jeder Einsprache zu äussern. Dies wäre wohl nur an mehreren stundenlang dauernden Gemeindeversammlungen zu bewältigen. Teilnehmen würden wohl vor allem die Einsprecher und deren Anhänger, welche private Interessen verfolgen würden. Abmachungen jeder Art über gegenseitige Unterstützung wären Tür und Tor geöffnet.

Mit der Zeit würden sich die Reihen lichten, da für einen Teil der Versammlungsteilnehmer das Interessse einer weiteren Anwesenheit entfiele.

Es wäre gar zu befürchten, dass nur wenige Verfechter der öffentlichen Planungsinteressen das Opfer auf sich nehmen würden, mehrmals an solchen "Monster-Versammlungen" teilzunehmen und auch bis zum Ende auszuharren.

> Die öffentlichen Planungsinteressen kämen sicher viel zu kurz

Die Planungswerke liefen Gefahr, derart "verändert" zu werden, dass am Ende einmal mehr das viele Geld besser gar nicht ausgegeben worden wäre.

Aus all diesen Gründen beantragten die drei FWD-Vertreter anlässlich der Sitzung des Gemeinderates vom 31. August 87, es sei die Gemeindeordnung zu ändern, und dem GR die Zuständigkeit zur Einsprachebehandlung zu übertragen. Der bevorstehenden Gemeindeversammlung sei entsprechend Antrag zu stellen. Der geschilderte Sachverhalt sei ganz offen darzulegen.

Mit Ausnahme von Herrn Rudolf Dörfler aus der Reihe der sonst geschlossen ablehnenden Freisinnigen Fraktion, erhielt der FWD-Antrag keine Unterstützung. Die beiden CVP-Vertreter lehnten ab. Auch die SP-Vertreter lehnten ab oder enthielten sich der Stimme. Unser Antrag wurde somit gegen vier Stimmen abgelehnt. Als Begründung durften die FWD-Gemeinderäte hören: Entscheidungen durch die Gemeindeversammlung seien demokratischer.

> Leute, die sich bisweilen nicht sonderlich um den Volkswillen kümmerten, wurden an diesem Tag plötzlich zu "Superdemokraten"

und erklärten sich erstaunt über die wenig demokratische Haltung unserer FWD-Vertreter!

> Sie übersahen dabei aber, dass nach dem FWD-Vorschlag der Stimmbürger doch vorab entscheiden kann, ob er die Kompetenzen behalten oder an den Gemeinderat delegieren will, wie dies in den meisten vergleichbaren Gemeinden des Kantons geschehen ist.

Damit der Stimmbürger trotz des ablehnenden Gemeinderatsbeschlusses Gelegenheit bekommt zu entscheiden, ob er die sehr zahlreichen Planungseinsprachen selber behandeln oder diese von ihm fast nicht zu bewältigende Aufgabe an den Gemeinderat delegieren will, werden die Freien Wähler an der nächsten Gemeindeversammlung eine Motion einreichen.

> Wir rufen deshalb heute alle Stimmbürger auf, sich bis zur nächsten Gemeindeversammlung Gedanken darüber zu machen

und ihrer Meinung anlässlich der Versammlung durch Wortbegehren und Teilnahme an der Abstimmung Ausdruck zu geben.

Die vorstehenden Ausführungen geben die Meinung des Vorstandes kund. Angesichts der Bedeutung der Sache soll jedoch die Motion nur eingereicht werden, wenn die Gewissheit besteht, dass dies auch der Meinung unserer Sympathisanten entspricht. Der Vorstand will die Frage deshalb der FWD-Vollversammlung vom 11. November 1987 unterbreiten, und bittet alle Freien Wähler, dazu ihre Meinung zu äussern und an der Entscheidungsfindung mitzuwirken. Er dankt allen Teilnehmern im voraus bestens.

Gemeinderatskommission (GRK)

5 Mitglieder
Ammann und Statthalter gehören der GRK von Amtes wegen an. Der Gemeindeschreiber hat beratende Stimme.

FWD-Vertreter: Hans-Peter Hirschi

Die GRK ist ein ständiger Ausschuss des Gemeinderats (GR). Die Hauptfunktion der GRK ist wohl die Entlastung des GR durch Erledigung kleiner Geschäfte, sowie die Behandlung von Angelegenheiten, die - im Sinne eines Persönlichkeitsschutzes - mit Vorteil unter Ausschluss der Oeffentlichkeit diskutiert werden.

Wenn eine Kommission, wie z.B die GRK hinter verschlossenen Türen tagt, so muss sie damit rechnen, dass über ihr Tun und Lassen spekuliert wird. Dies ist nur natürlich. Andererseits ist die GRK an einer angemessenen Einschätzung ihrer Arbeit interessiert. Ich möchte deshalb kurz darlegen, welches die hauptsächlichen Aufgaben und Kompetenzen der GRK sind. Jedenfalls geht die Meinung, die GRK sei ein einflussreicher und/oder "selbstherrlicher Geheimclub", weit an der Realität vorbei. Die Realität zeigt sich doch viel bescheidener.

Die GRK hat insbesondere folgende Aufgaben und Kompetenzen:

- Vorbereitung der Geschäfte des GR, soweit der Amman dies für notwendig erachtet oder falls vom GR ein entsprechender Auftrag erteilt wird.

- Ueberwachung des Vollzuges der Gemeinderatsbeschlüsse und Erledigung der vom GR erhaltenen Aufträge.

- Aufsicht über das gesamte Gemeindepersonal.
  Wahl des Aushilfepersonals.
  Vorbereitung von Wahlgeschäften zuhanden des GR.
  Erstellen von Pflichtenheften für Beamte, Angestellte und nebenamtliche Funktionäre.

- Vorbereitung des Budgets der Einwohnergemeinde zuhanden des GR.

- Die GRK hat eine Finanzkompetenz für einmalige Ausgaben bis zum Betrag von Fr 10'000.-- (GR Fr 30'000.--)

- Vergebung von Arbeits- und Lieferungsaufträgen im Rahmen der Finanzkompetenz.
  Abschluss, Genehmigung oder Kündigung von Miet- und Pachtverträgen (auf Antrag der Liegenschaftskommission) sowie von Versicherungsverträgen im Rahmen der Finanzkompetenz.
  Vermietung und Verpachtung von gemeindeeigenen Liegenschaften (auf Antrag der Liegenschaftskommission).

- Entscheid über Steuererlassgesuche und Abschreibung nicht einbringlicher Forderungen bis max. Fr 5'000.-- im Einzelfall.

- Anweisung der Rechnungen bis zum Betrag von Fr 20'000.-- im Einzelfall.

- Behandlung streitiger oder besonderer Fälle aus dem Niederlassungs-, Aufenthalts- und Fremdenpolizeiwesen.
  Ausübung der Ortspolizei, soweit nicht andere Organe zuständig sind.
  Anordnung von Rechtsvorkehren und anderen Massnahmen in dringenden Fällen, unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch den GR.

Soweit die Uebersicht. Ich werde in den kommenden INFO-Ausgaben an Hand konkreter Probleme über die Arbeit der GRK informieren.

Arbeitsgruppe Planung Gemeindeliegenschaften

4 Mitglieder (Gemeinderäte)

FWD-Vertreter: Hans-Peter Hirschi

Der GR-Ausschuss hat seinen Schlussbericht am 4. August 87 zuhanden des GR abgeliefert.

Ich erinnere zunächst an den Auftrag dieses Ausschusses:

- Bericht über die Büro-, Lager und Freizeitraumplanung in der Gemeinde Dornach.

- Ausarbeiten eines Prioritätenkataloges mit Zeit- und Finanz-Rahmen. Auflistung der durch den GR grundsätzlich zu beschliessenden Bauaufgaben mit Bestimmung der Zeitabschnitte.

Im folgenden sollen in aller Kürze einige Ergebnisse aus dem Bericht wiedergegeben werden. Ich schicke voraus, dass dieser Bericht Anträge und Anregungen zu Handen des Gemeinderates enthält.

Es ist im Moment noch kein einziger definitiver Entscheid gefällt worden. Vielleicht kommt doch alles ganz anders.

1. Der GR-Ausschuss stellt fest, dass er den vorliegenden Auftrag nicht erfüllen konnte. Eine vollumfängliche Planung, wie sie im Auftrag umschrieben ist, benötigt wesentlich andere Rahmenbedingungen, insbesondere in personeller, zeitlicher und kompetenzmässiger Hinsicht.

2. Der GR-Ausschuss schlägt ein pragmatisches Vorgehen bei der Planung der Gemeindeliegenschaften vor: Nämlich die Definition und Bearbeitung von Planungseinheiten, welche Planungsaufgaben mit deutlicher gegenseitiger Abhängigkeit enthalten. Eine solche Planungseinheit ist z.B.:

3. Planungseinheit "Mehrzweckhalle/Turnhallenbedarf/weitere spezielle Raumbedürfnisse für Schulen und Vereine"
   Der GR-Ausschuss schlägt vor:
   Die alte Turnhalle am Bruggweg ist zu einer Mehrzweckhalle umzugestalten. Auf der Nordseite des Schulhausareales Brühl soll, wenn möglich unter Einbezug des Areales "Cheibegrabe", ein Baukomplex erstellt werden, welcher eine oder zwei Turnhallen und weitere Räume, z.B. einen Mehrzweckraum/Probenraum für die Vereine, beinhaltet.

4. Planungseinheit "Renovation des Werkhofes/optimale Nutzung des Werkhofareals/spätere Aussiedlung des Werkhofes/Feuerwehrmagazin/Raumbedürfnisse des Zivilschutzes"
   Der GR-Ausschuss schlägt vor:
   Der Gemeindewerkhof ist für die nächsten ca. 15 Jahre am jetzigen Standort zu belassen. Die Einwohnergemeinde soll sich das Werkhofareal S. Boder für eine spätere Aussiedlung des Gemeindewerkhofes sichern.

   Es ist auf dem Areal der alten Sanitätshilfsstelle am Bruggweg ein neues Feuerwehrmagazin zu erstellen, erweitert durch zusätzliche Räume, welche der Feuerwehr, dem Zivilschutz und evtl. anderen Organisationen dienlich sind.

5. Der GR-Ausschuss schlägt vor, eine aktivere Landerwerbspolitik einzuleiten. Die reiche Einwohnergemeinde Dornach besitzt fast keine Landreserven mehr. Dies ist mit ein Grund, weshalb die Planungsarbeit im Bereich "Planung der Gemeindeliegenschaften" so schwierig ist.

   Der Bericht des GR-Ausschusses ist natürlich wesentlich präziser als dieser INFO-Bericht und enthält noch verschiedene weitere Anregungen. Es sind nun die ersten Entscheide des GR in dieser Sache abzuwarten. Danach werden wir Sie über den Fortgang der Planungsarbeiten informieren.

Schulkommission

9 Mitglieder

FWD-Vertreter: Kurt Häusermann, Walter Tschopp

Jugendmusikschule

Dornach verfügt über eine leistungsfähige Jugendmusikschule. Schulpflichtige Kinder, vor allem aber Jugendliche, können unter der Leitung ausgebildeter Musikpädagogen das Instrumentalspiel erlernen. Als Vorbereitung zu diesem Unterricht erlernen viele Kinder zuerst das Spielen auf der Blockflöte. Doch nicht jedes Kind ist ein "Bläsertyp" und eignet sich dazu. So wird der erste Kontakt mit einem Musikinstrument schon in den Kinderschuhen beinahe verhindert.

Oft stellen sich aber für Eltern und Kind Probleme, wenn es darum geht abzuklären, welches Instrument das Kind nun auswählen soll.

Seit mehr als einem Vierteljahrhundert bieten deshalb die Musikschulen der umliegenden Gemeinden sogenannte **GRUNDKURSE** an:

Speziell ausgebildete Lehrkräfte ermöglichen auf **spielerische und kindgemässe Weise** jüngeren Kindern den ersten Kontakt zu Musik und Rhythmus. Diese bewährten Grundkurse fördern nicht zuletzt das **Hörvermögen** und die **Konzentrationsfähigkeit** des Kindes. Sie bilden aber auch die ideale Basis für das spätere Erlernen eines Instrumentes. Am Schluss eines solchen Grundkurses, der sich über ein bis zwei Jahre erstrecken kann, wird jedes einzelne Instrument vorgestellt und jedes Kind individuell beraten, so dass eine solche Eignungsabklärung eine echte Auswahl sichert.

Die JMS-Dornach beabsichtigt nun, ein kleines Budget für die Mitfinanzierung solcher **Grundkurse** freizustellen. Dies würde die Teilnahmekosten an einem solchen Kurs für jedes Kind stark reduzieren.

Wir von der FWD meinen, dass in dieser Frage Eltern und an der Schule Interessierte ihre Meinung miteinbringen müssten. Wir fordern Sie deshalb auf, den nachfolgenden **Fragebogen** auszufüllen und uns zuzustellen. Wir danken Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Mitarbeit.

FRAGEBOGEN: Zutreffendes bitte ankreuzen

An der Einführung eines Grundkurses sind wir interessiert ja nein

Falls Zustimmung (Mehrfachnennungen möglich):

- als Jahreskurs im 2. Kindergartenjahr (z.B. 2 x 30 Min pro Woche) ja nein
- Beginn im 2. Semester Kindergarten, Weiterführung im 1. Semester der Primarschule (z.B. 2 x 30 Min pro Woche) ja nein
- als 2-Jahreskurs während der ersten 2 Primarschuljahre (z.B. 1 x 45 Min pro Woche) ja nein

Wir haben schulpflichtige Kinder ja nein

Bemerkungen:

.....

.....

.....

.....

.....

Bitte senden Sie diesen Fragebogen an

Walter Tschopp
Apfelseestr. 97
4143 Dornach

Aufnahmeprüfungen

Am Ende der 6. Primarschulklasse findet eine **Aufnahmeprüfung in die Bezirksschule** statt. Die Schulkommission beteiligt sich durch den Besuch bei der Durchführung und später, indem sie den Resultaten der Prüfung, die ihr ohne Namensnennung der Schüler unterbreitet werden, zustimmt.

Der Prüfung unterziehen sich alle Schüler der 6. Klasse, also auch diejenigen, bei welchen weder Eltern noch Klassenlehrer, noch die Schüler selber damit rechnen, in die Bezirksschule aufgenommen zu werden. In den meisten Fällen stimmt das Prüfungsresultat mit der Lehrerempfehlung überein. Einer Lehrkraft, die während mehrer Jahre mit ihren Schülern gearbeitet hat, ist eine zutreffende Antwort auf die Frage Bez.? oder Sek.? ja auch zuzutrauen. Im Gespräch zwischen Lehrer/in und Eltern wird ausserdem eine Uebereinkunft angestrebt, so dass nur ganz wenige, ja vereinzelte Fälle unklar oder zwischen Lehrkraft und Eltern strittig sein sollten.

Aus dieser Einschätzung heraus haben wir angeregt, das Prüfungsverfahren zu diskutieren und womöglich eine Regelung zu suchen, die für die Schüler ähnlich ist wie in der regionalen Nachbarschaft in- und ausserhalb des Kantons Solothurn.

Da ja auch die Lehrerempfehlungen auf Prüfungen beruhen und nicht einfach "aus dem hohlen Bauch" stammen, geht es uns nicht um einen prüfungsfreien Uebertritt, sondern um einen Verzicht auf diese, wie wir meinen aufwendige, für die meisten Schüler unnötige, für manche auch strapaziöse Prüfung. Dies umso mehr, als die Prüfung in den seltensten Fällen wirklich zur Klärung beiträgt: wenn Lehrer oder Eltern vor der Prüfung unsicher waren, ob das Kind den Ansprüchen der höheren Stufe gewachsen sei, dann sind sie danach nicht sicherer. Wenn sie sich vorher nicht einigen konnten, ist nicht anzunehmen, dass sie es danach können. Auch Rekurse sind, wie die Praxis zeigt, mit der Prüfung nicht ausgeschlossen, sie sind sogar wahrscheinlicher, weil eher geltend gemacht werden kann, das Kind sei am Prüfungstag schlecht disponiert gewesen etc.

Uns scheint, dass die Primarlehrer sich gewissermassen "hinter der Prüfung verstecken" können. Obwohl der Lehrerempfehlung zu Recht grosses Gewicht zukommt, wird eine Prüfung durchgeführt und dergleichen getan, dabei falle die Entscheidung. Notfalls kann sich die Lehrkraft sogar vom Prüfungsresultat überrascht zeigen.

Unser Antrag, diese Modalitäten gemeinsam in der Schulkommission zu überprüfen und eine bessere Lösung zu suchen, befindet sich derzeit in Vernehmlassung bei der Lehrerschaft. Wir hoffen, dass Verbesserungsvorschläge an der derzeitigen Praxis rechtzeitig bearbeitet werden können, dass etwas Konkretes für eine der nächsten Bez.-Prüfungen verabschiedet werden kann.

Planungskommission

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Joachim Knauer

Wie schon im letzten INFO berichtet, hat sich die PK auch in der Zwischenzeit hauptsächlich mit der Zonenplanrevision befasst.

Ein Schwerpunkt bildete die Ausarbeitung eines Ausstellungskonzeptes zur

Information der Oeffentlichkeit vom 20.11. - 5.12.87

Mit einer umfänglichen Darstellung der Unterlagen soll die Bevölkerung informiert und aufgefordert werden, ihre Stellungnahme und Meinungsäusserung abzugeben.

Unser ursprünglicher Terminplan konnte leider nicht eingehalten werden, weil von seiten des Kantons einige Aenderungswünsche angebracht wurden, die erst mit dem kantonalen Vorprüfer bereinigt werden mussten. Danach werden die Unterlagen dem GR zur endgültigen Genehmigung vorgelegt. Anschliessend - wenn auch später als vorgesehen - wird der revidierte Zonenplan der Oeffentlichkeit vorgestellt.

Verkehrskommission

5 Mitglieder

FWD-Vertreter: Lorenz Menn

Sammeltaxi

Wer heute mit dem öffentlichen Verkehrsmittel abends nach Basel zu einer Veranstaltung fährt, muss bei der Rückkehr nach 20.00 Uhr in Dornach sein Domizil auf Schusters Rappen erreichen. Je nach Wohnort, kann das mit einem längeren Fussmarsch verbunden sein. Unsere Umfrage vom Herbst 1986 hat gezeigt, dass viele Dornacher und Dornacherinnen auch nach 20.00 Uhr ein öffentliches Verkehrsmittel benützen würden.

Um diesem Wunsch der Bevölkerung gerecht zu werden, hat die Verkehrskommission die Einführung eines Sammeltaxibetriebes vorgeschlagen. Das Sammeltaxi würde die Fahrgäste ab Bahnhof für einen Betrag von ca Fr 2.50 nach Hause bringen.

Diese Dienstleistung würde die Gemeinde pro Jahr (je nach Benutzungsfrequenz) max. Fr 40'000.-- kosten. Im Gemeinderat ist man sich allerdings uneins, ob dieser Service auch tatsächlich benutzt würde.

Wir fragen:

> Sind Sie interessiert an dieser Dienstleistung, dann schreiben Sie an die folgende Adresse:

Freie Wähler Dornach
Ombudsman
Postfach
4143 Dornach 2

Es ist klar:

Der Sammeltaxibetrieb ist nur sinnvoll, wenn er auch tatsächlich benutzt wird. Unser Ombudsman freut sich über Post von Ihnen.

Sportanlage-Kommission Gigersloch

10 Mitglieder, 6 Verteter der Parteien, 4 Vereinsvertreter

FWD-Vertreter: Georg Capol

Nachdem die Arbeiten an der Aussenanlage weitgehend abgeschlossen sind, konzentriert sich die Arbeit der Kommission nun auf das Garderobengebäude.

Mit der Absicht, dem Gebäude ein möglichst gefälliges Aussehen zu verleihen, hat die Kommission diverse Baumaterialien geprüft, bis die Wahl auf Kalksandstein gefallen ist. Obwohl dieses Material zu Beginn der Abklärungen wenig Anklang gefunden hat, ist letzten Endes die Mehrheit der Mitglieder den Empfehlungen des Architekten gefolgt, weil dieses Material in Bezug auf Stabilität und Unterhalt wesentliche Vorteile aufweisen soll. Im weiteren gilt es zu berücksichtigen, dass der graue Grundton der Sandsteine durch geeignete Farbkombinationen von Böden und Fenstern aufgelockert wird.

Zum Einspruch einer Dornacher Firma bezüglich der Nichtberücksichtigung bei sanitären Installationsarbeiten ist die Kommission der Meinung, dass die Vergebungen gemäss der geltenden Submissionsverordnung vom 19.12.1980 erfolgt sind. Zudem wird festgehalten, dass sich diese Verordnung im Falle der Sportanlage Gigersloch bewährt hat.

Anfangs Juli 1987 ist die Baugrube für das Garderobengebäude ausgehoben worden. Dabei hat sich gezeigt, dass das Fundament vollumfänglich in Auffüllmaterial zu liegen käme, d.h. in einer Ansammlung von verschiedenen Abfallmaterialien. In der Folge hat der zuständige Bauingenieur das Ausbaggern von Sondierschlitzen veranlasst. Dazu wird in einem Untersuchungsbericht der Universität Basel vom 28.7.87 festgehalten: "Das Auffüllmaterial ist als Baugrund ungeeignet. Bei Fundierungen in die Unterlage der Auffüllung kommt das Bauwerk im Norden in verschwemmten Gehängeschutt, im Süden in Schwemmlehm des früheren Tälchens zu liegen. Die unterschiedlichen Fundationshorizonte bedingen besondere Massnahmen bezüglich der zu erwartenden unterschiedlichen Setzungen."

Diese Tatsache wurde von der Kommission mit Erstaunen zur Kenntnis genommen, weil sie der Meinung war, durch den Beizug eines Fachingenieurs lasse sich eine solche Situation vermeiden.

Damit das Gebäude auf stabilen Untergrund zu stehen kommt, ist nun eine wesentlich tiefere Fundation erforderlich. Nach Auskunft des Architekten sind die anfallenden Mehrkosten von ca Fr 100'000.-- im Rahmen des bewilligten Gesamtkredites zu verkraften, so dass kein Nachtragskredit erforderlich ist.

Um auf stabilen Baugrund zu stossen, wäre auch die Variante der Unterkellerung zur Sprache gestanden. Dieses Vorhaben hätte nebst einer mehrmonatigen Bauverzögerung auch eine massive Kreditüberschreitung zur Folge gehabt, für welche in jedem Falle die Zustimmung der Gemeindeversammlung hätte vorliegen müssen. Der Gemeinderat hat daher beschlossen, diese Variante nicht zu berücksichtigen.

Umweltschutzkommission

7 Mitglieder

FWD-Vertreter: Werner Handschin

Bericht über die Tätigkeit März bis August 1987

Auch in diesem halben Jahr sind wir den verschiedenen Teilzielen, die wir uns gesteckt haben, um einige kleine Schritte nähergekommen.

Abfallbewirtschaftung

Die "Grüne Abfuhr" (vorerst nur Gartenabfälle) und die Weissblechcontainer an den Glassammelstellen sind zur festen, vom Gemeinderat abgesegneten Institution geworden. Auch die Aluminiumsammlung wird nun durch die Gemeinde besorgt (Container neben den Weissblechcontainern). Unsere Suche nach einem Platz für einen Gemeindekompost (evtl. gemeinsam mit anderen Gemeinden) geht weiter. Anregung zum fachgerechten, privaten Kompostieren hat uns Herr Dr. Balmer in einem gut besuchten zweiten Kompostierkurs gegeben. Ein revidiertes Abfallmerkblatt soll auf die neue Dienstleistung der Gemeinde hinweisen.

Ortsplanung

Die Planungskommission hat uns über ihre Vorschläge, in welchen Umweltschutzanliegen in weitem Masse beachtet wurden, orientiert. Mit Hilfe des Naturinventars, das bald fertiggestellt sein wird, werden wir möglicherweise noch einzelne Aenderungen im Zonenplan vorschlagen.

Energie

Die auf unsere Anregung hin durch den Gemeinderat in Auftrag gegebene "Energiestudie Gemeindeliegenschaften Dornach", ausgeführt durch das Oekozentrum und das Büro Alteno AG Langenbruck, ist abgeschlossen und wird uns in nächster Zeit beschäftigen.

Recyclingpapier

Die Gemeindeverwaltung ist, im Sinne unseres auf Abklärungen abgestützten Vorschlages, soweit als möglich auf Recyclingpapier umgestiegen.

Gemeindegärtner

Wir haben der GRK vorgeschlagen, der neue Gemeindegärtner sei auf die Anwendung biologischer und oekologischer Arbeitsmethoden zu verpflichten.

Umweltschutzreglement

Recht gründlich haben wir den vom Kantonalen Volkswirtschaftsdepartement den Gemeinden vorgelegten Entwurf diskutiert. Schiesslich sind wir zur Auffassung gelangt, dass ein solches Reglement mit nur empfehlendem und recht allgemeinem Charakter uns keine konkrete Handhabe für unsere Arbeit biete. Speziell weil viele seiner Zielsetzungen durch andere Gemeindereglemente und durch die Arbeit unserer und anderer Kommissionen (z.B BWK) abgedeckt seien. Der GR hat sich in seiner Beurteilung unseren ablehnenden Argumenten angeschlossen.

Ueber die Situation der Luft, des Bodens und des Wassers versuchen wir immer wieder Informationen bei den zuständigen Stellen einzuholen.

Ein fürsorgliches Anliegen

In nächster Zeit wird auch Dornach eine Gruppe von Asylsuchenden zugeteilt, und zwar aufgrund des heute geltenden, revidierten Asylgesetzes und des damit verbundenen Quotensystems. Entsprechend können wir Dornacherinnen und Dornacher nicht darüber diskutieren, ob diese Asylanten in unser Dorf kommen sollen oder nicht. Sie werden kommen.

Die Dornacher Bevölkerung kann diese Asylsuchenden nun mit Ablehnung - ja Feindseligkeit - empfangen, oder sie kann den temporären Aufenthalt der Asylsuchenden in Dornach mit Höflichkeit begleiten. Unser Engagement für Sachlichkeit und die vielen Erfahrungen an vorderster, exponierter wie verantwortlicher Front in Fürsorgefragen lehren uns, der zweiten Möglichkeit den Vorzug zu geben.

Es ist unser Anliegen, unsern Mitbürgerinnen und Mitbürgern in Dornach volle Transparenz über die mit der Unterbringung von Asylsuchenden verbundenen Kosten zu vermitteln. Im Jahre 1986 wurden in Dornach insgesamt Fr 50'865.-- an gesetzlichen Fürsorgegeldern entrichtet, davon gingen Fr 47'700.-- an Fürsorgeempfänger schweizerischer Nationalität. Mit dem Eintreffen der Asylsuchenden werden sich diese Fürsorgegelder zu Lasten der Dornacher Gemeinderechnung nicht in grösserem Ausmass verändern, da ja der Bund grundsätzlich die Kosten übernimmt. Allerdings muss die Gemeinde die Unterkunft und Betreuung organisieren.

Insbesondere die Suche nach Wohnraum stellte sich als äusserst schwierig heraus. Bis jetzt haben - mit einer Ausnahme - die Vermieter es abgelehnt, leerstehende Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Man ist nun gezwungen, mit öffentlichen Geldern eine relativ teure Wohnung - die in verdankenswerter Weise angeboten wurde - für die Asylsuchenden zu mieten.

Wenn wir unseren Blick über unsere schöne, aber doch kleine Gemeinde hinausschweifen lassen, so sehen wir eine Schweiz, die sich im Vergleich zum Weltmasstab sehr bescheiden ausnimmt; so klein, dass eben diese Schweiz stets auf enge Kontakte mit Ausländern - mit Fremden - und insbesondere auf deren Horizonterweiterung für uns, sowie auf deren Tätigkeit in der Schweiz und in Schweizer Unternehmen angewiesen war und ist. Die Uhrenindustrie im Jura, die BBC, Nestlé und Bally, Valium und vieles mehr, haben wir eingewanderten Ausländern oder Flüchtlingen zu verdanken. Auch wir wollen stets ausreichend offen sein und diese erfreulichen, ausländischen Beiträge an unser Land anerkennen.

Wenn nun Asylsuchende vorübergehend nach Dornach kommen werden, die auf Grund ihrer Herkunft weder mit der Geschichte und der Tradition der ausländischen Einflussnahme auf unser Land vertraut sind, noch eine Beziehung zu diesen Entwicklungen haben, so ist mit bisher kaum gekannten Spannungen und entsprechenden Schwierigkeiten zu rechnen.

Eine gangbare Asylpolitik muss Risiken dieser Art abbauen helfen. Diese Risiken können ausgeschaltet werden, wenn vorab mit einer Politik gegenüber uns Dornacherinnen und Dornachern, insbesondere gegenüber den weniger Bevorzugten unter unseren Einwohnern, eine Stimmung geschaffen wird, die uns die Asylsuchenden freundlich und hilfsbereit aufnehmen lässt.

FWD-Intern

Abschied von einem Gründungsmitglied

Liebe Erika und Martin Lienhard

Mitte Oktober habt Ihr uns verlassen um in Langenthal, Eurem neuen Wirkungsort, neu zu beginnen.

Ihr hinterlässt in Dornach und vor allem bei uns Freien Wählern eine grosse Lücke, die nicht leicht zu füllen sein wird.

Unser Dank gilt

- Eurem Einsatz, mit dem Ihr innerhalb und für die FWD gearbeitet habt;
- Eurem Mut, den Ihr vor allem dann austrahltet, wenn die Ideen der Freien Wähler ins Stocken gerieten;
- Eurem Wohlwollen und Eurer Aufopferung allen Dornachern gegenüber;

Wir hoffen,

- dass Euch und Euren Kindern ein segensreicher und erfolgreicher Lebensabschnitt bevorsteht, und
- dass der Frische Wind von Dornach vielleicht in weiterer Zukunft auch zu einem Impuls in Langenthal werden möge.

Ein herzliches Danke an Euch und Eure Kinder

die FWD

Lieber Dornacherinnen
Liebe Dornacher

Zu den Gemeinderatswahlen 1985 traten die FREIEN WAEHLER DORNACH erstmals in Erscheinung mit dem Anspruch, eine andere Art von Politik zu betreiben.

Wir versuchen, mehr Transparenz in unsere Dorfpolitik zu bringen und immer offen und ehrlich zu informieren.

Mit Stolz und Freude können wir auf Erfolge in unserer erst 2-jährigen Präsenz zurückblicken. Unser Vorstand, unsere Gemeinderäte und unsere Kommissionsmitglieder beschäftigen sich laufend mit anfallenden Problemen in unserer Gemeinde und helfen aktiv, gangbare Lösungen zu finden.

Darüber werden Sie laufend informiert. Diese Tätigkeiten sind mit nicht unerheblichen Kosten verbunden. Wir gelangen deshalb mit der Bitte an Sie, unsere Arbeit mit einem Beitrag nach Ihrer Wahl

auf unser Postcheckkonto 40-7203-4

zu unterstützen und zu fördern.

Für Ihr Wohlwollen danken wir Ihnen bestens und freuen uns aufrichtig, für Sie weiterhin in Dornach aktive Politik und Information betreiben zu dürfen.

Für Fragen und Anregungen steht Ihnen unser **Ombudsman** immer zur Verfügung. Sie erreichen ihn am Montag von 18.00 - 19.00 Uhr unter

Telefon-Nummer 72 66 55

oder schriftlich unter

Freie Wähler Dornach
Ombudsman
Postfach
4143 Dornach 2

November 1987